



Antrag

der Abgeordneten **Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Programm „KlimaWildnis“ des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, beim Bund den aktuellen Förderstand des Programms „KlimaWildnis“ abzufragen und dem Landtag sowie der Fachöffentlichkeit über die Hintergründe und den Umsetzungsstand des Programms zu berichten.

Begründung:

Das Programm „KlimaWildnis“ des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit ist am 4. November 2024 in Kraft getreten. Es verfolgt das Ziel, Flächen wie Wälder, Moore, Auen und Grünflächen dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen, d. h. stillzulegen. Dabei wird insbesondere die Förderung des Kaufs geeigneter Flächen durch Naturschutzverbände unterstützt, wobei der Bund zwischen 95 und 100 Prozent der Kosten trägt. Aktuell sind Ankaufsbestrebungen aus dem Frankenwald bekannt, einer Region, in der vor allem der Wald und ihre Eigentümer durch die Borkenkäferkalamität massiv betroffen sind. Sog. „KlimaWildnisBotschafter“ sollen aktiv Flächen für die Stilllegung akquirieren.

Das Programm „KlimaWildnis“ wirft Fragen hinsichtlich der Transparenz, der Zielsetzung und der langfristigen Auswirkungen auf. Es ist im Interesse Bayerns, sich aktiv in die Inanspruchnahme des Programms einzubringen, um die eigenen Interessen sowie die Belange der Waldbesitzer und der Gesellschaft zu vertreten, insbesondere da die Bundesländer vorab nicht beteiligt wurden. Die Abfrage des aktuellen Förderstands ist ein erster Schritt, um die Transparenz zu erhöhen und eine fundierte Debatte zu ermöglichen.